



SPD



Miteinander möglich machen !

SPD im Landkreis Tübingen

Wahlprogramm für die Wahl zum Kreis-
tag am 26. Mai 2019

Die SPD im Kreistag Tübingen ist die politische **Kraft des Miteinanders.**

Egal ob vermögend, finanziell schwach, alt oder jung, mit Zuwanderungsgeschichte oder Handicap, jede und jeder kann etwas beitragen. Wir wollen allen Menschen ermöglichen teilzuhaben und mitzuwirken. **Der solidarische Zusammenhalt aller Bevölkerungsgruppen macht unser Land und unseren Landkreis stark.** Dazu braucht es die SPD.

Es geht um konkrete Lösungen. Vier Zukunftsprojekte sind für die SPD im Landkreis Tübingen besonders wichtig:

Kostenfreie Bildung - Nulltarif bei der Schüler*innenbeförderung: Landkreis und Land müssen die Zuschüsse zur Schüler*innenbeförderung so erhöhen, dass im Landkreis Tübingen keine Kosten mehr für Familien entstehen. Konsequente Umsetzung der Lernmittelfreiheit.

Gute und flächendeckende Gesundheitsversorgung: Die ärztliche Versorgung in allen Gemeinden muss dauerhaft sichergestellt werden. Der Landkreis muss insbesondere in Gemeinden mit drohenden Versorgungsengpässen die Entwicklung von Modellen gemeinschaftlicher Praxen und Gesundheitszentren auch in kommunaler oder genossenschaftlicher Trägerschaft aktiv voranbringen.

Gut und günstig Wohnen: Wir wollen für das Thema Wohnen zusätzlich 15 Mio. Euro in den nächsten 5 Jahren im Kreis bereitstellen. Eine Möglichkeit das Geld sinnvoll einzusetzen ist eine Kapitalerhöhung bei der Kreisbaugesellschaft. Die Kreisbaugesellschaft muss die Baurate weiter steigern und sich noch stärker an der Schaffung von günstigem Wohnraum beteiligen. Der Landkreis muss ein Beratungszentrum für Barrierefreies Bauen, Gemeinschaftliches Wohnen und Mehrgenerationenwohnen initiieren.

Denkfabrik Mobilität: Wir brauchen Mobilitätsangebote für die unterschiedlichen Bedürfnisse und eine gute Mischung der unterschiedlichen Fortbewegungsmöglichkeiten. Deshalb regen wir die Gründung einer Denkfabrik Mobilität im Landkreis Tübingen an. In einem offenen und zielorientierten Prozess soll die Denkfabrik Projekte und Maßnahmen zur Verminderung des motorisierten Individualverkehrs und Verbesserung des ÖPNVs entwickeln und einer Umsetzung zuführen. Wir wollen die Verwirklichung der Regionalstadtbahn vorantreiben, inklusive der Tübinger Innenstadtstrecke.

In einem wirtschaftlich starken Land und Landkreis müssen alle Möglichkeiten genutzt werden allen Menschen die Teilhabe am Zusammenleben zu ermöglichen. Wir wollen mit unseren Vorschlägen in diesem Wahlprogramm in den nächsten 5 Jahren dazu beitragen.

Wir wollen Miteinander konkret möglich machen. Dafür setzen wir uns ein.

Unser Engagement in den letzten fünf Jahren hat sich gelohnt

Der SPD ist es trotz konservativer Mehrheit im Kreistag mit guten Argumenten und viel Engagement gelungen, wichtige Vorhaben für die Menschen im Kreis durchzusetzen und auf den Weg zu bringen. Dazu zählen

- die Einführung einer **echten Kreisbonuskarte** zur Bekämpfung von Ausgrenzung durch Armut: Die SPD hat über 10 Jahre anhaltend dafür gekämpft und sich durchgesetzt! Damit können jetzt alle Inhaber*innen dieser Karte in allen Städten und Gemeinden des Kreises dieselben Vergünstigungen und Unterstützungen erhalten.
- **Einwohner*innen-Fragestunden** im Kreistag sowie die Öffentlichkeit der Ausschusssitzungen.
- **Fortschreibung Kreissozialbericht** mit neuen Handlungsempfehlungen.
- Förderung für ambulant betreute Wohngemeinschaften für Pflegebedürftige als Ergänzung zu den großen Heimen.
- die freiwillige und ergebnisoffene Rückkehrberatung von Geflüchteten.
- **tarifliche Bezahlung** bei freigemeinnützigen Trägern.
- Förderung von Kulturprojekten in der Fläche.

Wir wollen diese erfolgreiche Arbeit in der neuen Wahlperiode fortsetzen mit einer verjüngten und personell gestärkten Kreistagsfraktion, damit wir mit neuen Ideen **noch mehr Miteinander möglich machen** können.

1. Gute Bildung möglich machen

Bildung ist der Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe. Bildung bietet Kindern und Jugendlichen die Chance, ihre Talente und Kompetenzen zu entwickeln. Sie fördert die Fähigkeit, mit anderen zu kommunizieren und eigenständig zu denken. Bildung stärkt die Urteilsfähigkeit und das Interesse, sich für das Gemeinwesen einzusetzen. Gebildete Menschen sind zudem ein Gewinn für alle Schaffensprozesse, ob im Handwerk, im Gewerbe, in der Industrie, der Verwaltung oder in der Wissenschaft.

Familien* mit schulpflichtigen Kindern müssen immer noch tief in die eigene Tasche greifen, wenn ihre Kinder auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind, um in die Schule zu kommen. Über das Jahr hinweg gerechnet zahlt eine Familie pro Kind dafür etliche hundert Euro. Für die SPD handelt es sich dabei im Grunde um ein verstecktes Schulgeld.

Lernmittel in Schulen dürfen für die Schüler*innen zu keinen zusätzlichen Kosten führen. Trotzdem kommt es immer wieder vor, dass auch an den Kreisschulen von Schüler*innen oder deren Eltern Lernmittel oder Unterrichtsmaterialien auf eigene Kosten angeschafft werden sollen. Die Lernmittelfreiheit hat in Baden-Württemberg Verfassungsrang. Das muss ernst genommen werden.

Der Landkreis Tübingen ist als Schulträger, zusammen mit seinen Kommunen und dem Land, in der Verantwortung für eine gute Bildung und Ausbildung junger Menschen. Zugang zu Bildung darf Familien nicht belasten und soziale Hürden aufbauen.

Deshalb fordern wir:

* Unter Familien verstehen wir das Zusammenleben von mindestens zwei Generationen, die Begegnung und Unterstützung von jung und alt.

- **Nulltarif bei der Schüler*innenbeförderung:** Landkreis und Land müssen die jeweiligen Zuschüsse zur Schüler*innenbeförderung so erhöhen, dass im Landkreis Tübingen dafür keine Kosten mehr für die Familien entstehen.
- **Echte Lernmittelfreiheit:** Lernmittel für die Schule dürfen keine zusätzlichen Kosten verursachen. Deshalb ist die konsequente Umsetzung der Lernmittelfreiheit für alle im Schulalltag auch durch den Landkreis zu überprüfen und sicher zu stellen.
- **Gebührenfreie Kinderbetreuung:** Förderung und Bildung beginnt bereits in der Kinderbetreuung. Bildungschancen und Angebote für Alle sind für uns ein Grundrecht. Wir wollen Kostenfreiheit in der Kinderbetreuung, auch in der Tageselternbetreuung ab dem ersten Tag!
- **Inklusive Bildung:** Inklusion und Wahlfreiheit für Schüler*innen und Schüler mit Behinderungen braucht Möglichkeiten an den Schulen. Wir fordern deshalb die Schulträger und das Land auf, durch ein Höchstmaß an Barrierefreiheit und mehr pädagogisches Personal und Geld verstärkt für inklusive Schulen zu sorgen.
- **Erweitern, Sanieren und Modernisieren:** Die dringend notwendigen Baumaßnahmen der kreiseigenen Schulen müssen fortgeführt und die Ausstattungen bzw. Lehr- und Lernmittel regelmäßig modernisiert und technisch aktualisiert werden.

2. Gute und flächendeckende

Gesundheitsversorgung und Pflege

Alle Menschen haben ein Recht auf eine umfassende und gute gesundheitliche Versorgung, unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft, sozialem Status oder Wohnort.

Wie überall wird auch die Bevölkerung im Landkreis Tübingen im Durchschnitt älter. Mit dem Angebot an Fachkliniken im Landkreis verfügen die Bürger*innen über gute Möglichkeiten bei schweren Erkrankungen behandelt zu werden. Doch darüber hinaus bedarf es eines guten Netzes an Angeboten für die alltägliche Versorgung. Dabei muss es möglich sein, am eigenen Wohnort die wichtigsten Bedarfe an Behandlung und Versorgung zu erhalten. Dazu gehören auch Angebote die Gesundheit zu fördern und zu stärken.

Eine gute Versorgung ist insbesondere für diejenigen wichtig, die aufgrund von dauerhaften, gesundheitlichen Einschränkungen auf eine ständige Betreuung und Versorgung angewiesen sind. Deshalb muss ein wohnortnahes Netz an Versorgungs- und Betreuungsangeboten vorhanden sein, sei es für die Unterstützung bei der Haushaltsführung oder bei unterschiedlichen Pflegeangeboten.

Es gibt im Landkreis Tübingen immer mehr Menschen, für die eine hospizliche Versorgung zu Hause nicht möglich ist. Das geplante stationäre Hospiz wird ein Ort sein, an dem Menschen mit der besten pflegerischen und schmerztherapeutischen Versorgung selbstbestimmt die letzte Lebensphase gestalten kann. Ziel ist es ein Sterben in Würde und Frieden zu ermöglichen.

Nicht nur die Patientinnen und Patienten werden älter, sondern auch die Ärzt*innen. Gerade außerhalb des Stadtgebiets Tübin-

gens wird es in den nächsten 5 bis 10 Jahren zu vielen altersbedingten Wechseln in Praxen kommen müssen. Die Suche nach eine*r Nachfolger*in gestaltet sich schon heute schwierig.

Damit alle Bürgerinnen und Bürger Zugang zu einer guten und wohnortnahen Gesundheitsversorgung erhalten, fordern wir:

- Die **ärztliche Versorgung** in allen Gemeinden muss sichergestellt werden. Der Kreis unterstützt insbesondere in Gemeinden mit drohenden Versorgungsengpässen die Entwicklung von Modellen gemeinschaftlicher Praxen und Gesundheitszentren auch in kommunaler oder genossenschaftlicher Trägerschaft. Der Kreis nimmt eine aktive Haltung gegenüber der für die ambulante ärztliche Versorgung zuständige Kassenärztliche Vereinigung ein.
- Der Landkreis unterstützt die Menschen **in allen Themen der Pflege**.
- Es sind ausreichend **Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflegeangebote** in allen Gemeinden zu schaffen, um Angehörige zu unterstützen und Pflege in der eigenen Wohnung zu ermöglichen. Betreuungsangebote und Pflegedienste sind in ihrer Aufgabenerfüllung z.B. bei der Gewinnung und Ausbildung von Fachpersonal zu unterstützen.
- Der Kreis fördert die Entstehung von vollständig selbstverantworteten und trägergestützten **Wohngemeinschaften**.
- Beim **Bau von Pflegeheimen** sind die Bedürfnisse von Menschen mit Demenz besonders zu berücksichtigen.
- **Kreisgesundheitskonferenz wird Entwicklungsmotor**. Die Kreisgesundheitskonferenz überprüft die bisher eingeleiteten Maßnahmen und Zielsetzungen auf der Grundlage der tatsächlichen Wünsche und Bedarfe der Bürger*innen. Es werden

insbesondere eine vernetzte, gemeindenahere Gesundheitsförderung und eine verbesserte Patienteninformation in den Blick genommen. Geburtshilfe und Hebammenversorgung sind auch ein Thema der Kreisgesundheitskonferenz. Der Kreis führt eine Bürger*innenbefragung durch, die erkennbar macht, welche konkreten Bedarfe auf der Ebene der Gemeinden und Quartiere bestehen.

- Das **Hospiz** in Tübingen wird zügig eingerichtet. Der Landkreis übernimmt weiterhin aktiv Verantwortung für das Hospiz, dessen Bau bereits im Jahr 2019 beim Paul-Lechler-Krankenhaus in Tübingen starten soll.

3. Gut und bezahlbar Wohnen

In Baden-Württemberg herrscht akuter Wohnraummangel. Laut einer aktuellen Studie fehlen zur Zeit etwa 140.000 Wohnungen im Land. Bis zum Jahr 2025 wird der Bedarf an neuen Wohnungen sogar auf 500.000 steigen. Der Bestand des sozialen Wohnungsbaus ist seit Jahren rückläufig. Jährlich müssten in Baden-Württemberg mindestens 5.000 neue Sozialwohnungen gebaut werden, um den Bedarf zu decken. Diese Befunde lassen sich auf den Landkreis Tübingen ohne weiteres übertragen.

Die Bevölkerung wächst, die durchschnittliche Personenzahl/Haushalt nimmt ab und zahlreiche Wohnungen fallen aus der Sozialbindung heraus, ohne dass bisher in entsprechendem Umfang neue dazu kommen.

Ortskerne müssen belebt bleiben und neue Wohnquartiere sozial gut durchmischt sein. Wir müssen zudem sorgsam mit dem Verbrauch von Flächen umgehen. Die Innenentwicklung vor neuen Baugebieten in Außenflächen muss ernstgenommen werden. Das ist gut für das Zusammenleben und unsere natürlichen Lebensgrundlagen.

Tübingen ist die Stadt mit dem bundesweit vierthöchsten Mietniveau. Das hat auch Folgen für das Mietniveau der umliegenden Städte und Gemeinden. Gut zu wohnen und zu leben darf im Landkreis Tübingen nicht zum Luxusgut für Besserverdienende werden.

Deshalb fordern wir:

- Wir wollen **für das Thema Wohnen zusätzlich 15 Mio. Euro in den nächsten 5 Jahren** im Kreis bereitstellen. Eine Möglichkeit das Geld sinnvoll einzusetzen ist eine Kapitalerhöhung bei der Kreisbaugesellschaft. Die Kreisbaugesellschaft muss die Baurate weiter steigern und sich noch stärker an der Schaffung von bezahlbarem, ökologischem und nachhaltigem Wohnraum beteiligen. Alle finanziellen Fördermöglichkeiten von Bund und Land müssen dafür genutzt werden.
- Der Landkreis muss ein **Beratungszentrum für Barrierefreies Bauen, gemeinschaftliches Wohnen und Mehrgenerationenwohnen** initiieren. Der Demographische Wandel und das Gebot des Miteinanders von Menschen mit und ohne Behinderungen verlangen, dass dem barrierefreien und altersgerechten Bauen noch mehr Beachtung geschenkt wird. Deshalb muss die Fachkompetenz durch den Landkreis ausgebaut und den Bürger*innen sowie den Gemeinden gebündelt zur Verfügung gestellt werden.
- **Der Kreis initiiert, fördert und unterstützt Quartierskonzepte.** Miteinander Leben, gegenseitiges Unterstützen und kurze Wege sind nicht nur für ältere Menschen wichtige Grundlage der Lebensqualität. Insbesondere bei allen Angeboten der Pflege soll eine Einbindung in die Quartiere und Gemeinden mit ihren sonstigen Angeboten gewährleistet sein. Der Landkreis muss für Quartier-Konzepte Starthilfe leisten, auch finanziell, insbesondere für genossenschaftliche Projekte.

4. Verkehr und Mobilität –

sauber und günstig

Der Landkreis Tübingen wächst wirtschaftlich und auch an Einwohner*innen. Das ist einerseits erfreulich, andererseits führt das auch zu mehr Verkehr. Das hat Folgen: Werktäglicher Stau, Lärm, Belastung der Umwelt. Die Entwicklung von Verkehrsformen, die weniger belasten, wird immer wichtiger.

Mobilität ist nicht nur wichtig für Berufstätige. Wir brauchen Mobilitätskonzepte für alle Gruppen, jüngere und ältere Menschen, wie auch für die unterschiedlichen Fortbewegungsmöglichkeiten, sei es zu Fuß, mit dem Rad, mit dem Auto oder mit dem ÖPNV.

Mobilität ist auch eine soziale Frage, deshalb muss es gute und erschwingliche Angebote geben. Wir wollen, dass die Tarife einfach sind und die Kosten für jeden Fahrgast gesenkt werden.

Ein modernes Verkehrssystem setzt auf die Mischung der Verkehrsmittel: zu Fuß, per Rad, mit dem ÖPNV und auch mit dem Auto, sei es dem eigenen oder in einem durch Carsharing gemeinsam genutzten.

Die besten Lösungen und Konzepte entstehen in der zielorientierten Kommunikation von möglichst vielen Partner*innen. Deshalb regen wir die Gründung einer **Denkfabrik Mobilität** im Landkreis Tübingen an. Beteiligt werden sollen Vertreterinnen und Vertreter von Organisationen und Körperschaften mit Bezug zum Thema Mobilität und Verkehr. Interessierte Bürgerinnen und Bürger müssen einbezogen werden. In einem offenen, aber zielorientierten Prozess soll die Denkfabrik Projekte und Maßnahmen zur Verminderung und Verbesserung von Verkehr entwickeln und einer Umsetzung zuführen.

Zudem fordern wir die folgenden Maßnahmen:

- **Regionalstadtbahn verwirklichen:** Der wichtigste Baustein für einen zukunftsfähigen Mobilitätsmix im Landkreis Tübingen ist die Regionalstadtbahn. Die SPD hat dieses Projekt mit ins Leben gerufen. Das Projekt muss mit allen Partnern zügig vorangetrieben werden. Für nahtlose Übergänge in die Stadt Tübingen braucht es die Innenstadtstrecke. Die Bahn kann in 10 Jahren bereits durch Tübingen fahren. Bund und Land werden ca. 80 % der Kosten übernehmen. Damit liegt die Messlatte für Alternativen zur Tübinger Innenstadtstrecke, die 2019 zu Recht intensiv geprüft werden, sehr hoch.
- **Busverkehr verbessern:** Ausreichende und pünktlich operierende Kapazitäten im Schüler*innentransport müssen gebührenfrei und verlässlich bereitgestellt werden. Die Anbindung der Kreisgemeinden an Mittel- und Oberzentren muss in angemessener Taktung, auch am Wochenende und nachts weiter verbessert werden. Moderne elektronische Fahrplananzeigen in Echtzeit sollten auch in den Kreisgemeinden zum Standard gehören. Barrierefreie Ein- und Ausstiege müssen vorgebracht werden.
- **Fahrgastbeirat Naldo:** Als ein Mittel mehr Transparenz bei Preis- und Angebotsgestaltung zu erreichen, fordern wir die Einrichtung eines Fahrgastbeirats beim Verkehrsverbund Naldo nach dem Vorbild des Verkehrsverbund Stuttgart. Dessen ehrenamtliche Mitglieder sollen regelmäßig Einblick in die Arbeit des Naldo erhalten und die Möglichkeit haben, an der Gestaltung des Verkehrsverbundes mitzuarbeiten.
- **Radverkehr erleichtern:** Wir wollen den Anteil des Radverkehrs weiter steigern. Durch Elektroräder sind die Höhenmeter im Landkreis für mehr Radler*innen überwindbar geworden. Wir brauchen mehr Radwege und in der Fläche des Landkreises auch Radschnellwege. Es braucht zusätzliche gute und sichere Abstellmöglichkeiten insbesondere an den Bahnhöfen.

Radwege sollten nach Möglichkeit vom Fußverkehr getrennt sein. Ein gutes, kreisweites Konzept sollte dafür die Grundlage sein.

- **Carsharing-Angebote für den gesamten Landkreis ausbauen:** Das Teilen eines PKW spart Ressourcen, Stellplätze und ist kostengünstig. Es besteht die Möglichkeit zwischen unterschiedlichen Autos für den benötigten Zweck zu wählen. Der Landkreis soll bei der Nutzung von Carsharing vorangehen. Er soll Carsharing Angebote aktiver nutzen, durch Stellplatzangebote unterstützen sowie Gemeinden und Arbeitgeber*innen ermutigen Carsharing zu nutzen. Die Unterstützung und Förderung von Interessengemeinschaften zur Schaffung von Carsharing-Angeboten in den Kreisgemeinden soll durch den Landkreis geprüft und in die Wege geleitet werden.
- **Mehr Jobtickets:** Es ist gut, wenn Beschäftigte großer Arbeitgeber*innen wie des UKTs, der Uni und des Landratsamtes ein Jobticketangebot haben. Diesem Beispiel sollten möglichst viele private und öffentliche Arbeitgeber*innen folgen. Auch Zusammenschlüsse von kleinen und mittleren Arbeitgebern zum Beispiel in einem Gewerbegebiet müssen Zugang zum Jobticket bekommen. Deshalb muss sich der Kreis auch für solche Jobtickets stark machen.
- **Straßen sanieren:** Wir wollen in Zeiten hohen Steueraufkommens die Maßnahmen zur Straßensanierung verstärken und dabei Rad und Fußverkehr gleich mit verbessern.
- **Verkehr vermeiden:** Neben Maßnahmen, die die gemischte Nutzung von Verkehrsmitteln verbessern, ist es uns wichtig Entwicklungen auf den Weg zu bringen, die Wege verkürzen oder überflüssig machen und so Verkehr vermeiden. Gemeinden, Quartiere und Teilorte müssen vom Landkreis dabei unterstützt werden sich so zu entwickeln, dass Einkaufsmöglich-

keiten, wichtige Dienstleistung und Sport- und Freizeitangebote auch ohne Auto erreicht werden können. Alle Anträge, die beim Landkreis zu stellen sind, sollten in Zeiten der Digitalisierung über das Internet möglich sein, das spart Kilometer.

5. Nachhaltigkeit und Umweltschutz

Die Auswirkungen des Klimawandels wie etwa Hitzewellen, Starkregenereignisse oder Überschwemmungen sind bereits heute erlebbare Realität. In den Kommunen liegt ein großes Potenzial für den Klima- und Umweltschutz. Deshalb muss der Landkreis Tübingen den Klima- und Umweltschutz im öffentlichen, privaten und unternehmerischen Bereich stärken.

Es gibt zahlreiche Initiativen und Förderprogramme von Bund und Land, die Maßnahmen zum Klimaschutz vor Ort unterstützen. Um voranzukommen braucht es **Know-How für Förderanträge und aktive Ansprechpersonen** für Bürger*innen sowie Gemeindeverwaltungen und Unternehmen.

Die Agentur für Klimaschutz des Landkreises muss gestärkt werden, damit die Gemeinden und der Landkreis bei Anträgen auf Förderung, Quartierskonzepten, kommunalem Energiemanagement oder Beteiligung am European Energy Award unterstützt werden können. Darüber hinaus müssen die Beratungszahlen der Agentur deutlich gesteigert werden. Die Anzahl der stationären, kostenlosen Impulsberatungen für Gebäudesanierungen sollen mindestens verdoppelt werden. Die Agentur führt jährlich mindestens drei Nachbarschaft-Sanierungsberatungs-Kampagnen vergleichbar der Energiekarawane der Metropolregion Rhein-Neckar in den Kreiskommunen durch.

Bei allen Liegenschaften des Landkreises wird das Potenzial für die **Eigenstromnutzung aus PV-Anlagen** ermittelt und zeitnah erhöht.

Projekte zum Artenschutz und zur Pflanzen- und Tiervielfalt sind vom Landkreis zu unterstützen. Hierzu gehören auch Projekte, die der Pflege der Streuobstwiesen im Landkreis dienen. Kommunale Grünflächen sollten so bepflanzt werden, dass sie für viele Tier- und Pflanzenarten eine Heimat bieten.

6. Arbeitsmarkt für alle

Der Arbeitsmarkt im Landkreis Tübingen steht gut da. Die Arbeitslosigkeit ist niedrig, viele Firmen und Dienstleister leiden unter Fachkräftemangel. Aber es gibt auch Menschen, die schon sehr lange wegen eines persönlichen Handicaps arbeitslos sind und auf für sie passende Arbeitsplätze hoffen. Auch ihnen wollen wir Perspektiven auf Teilhabe durch Arbeit eröffnen.

Wir erwarten vom Jobcenter eine gute Beratung und Unterstützung von Menschen im Arbeitslosengeldbezug. Im Vordergrund muss die **Förderung jeder und jedes Einzelnen** stehen. Dafür brauchen die Mitarbeiter*innen in den Jobcentern genügend Zeit, Ressourcen und eine gute Qualifizierung. Wir setzen auf Perspektiven und individuelle Unterstützung statt auf Sanktionen.

Zudem erwarten wir vom Landkreis und vom Jobcenter eine zügige Umsetzung des neuen Regelinstruments für einen sozialen Arbeitsmarkt. Wir wollen sinnvolle Beschäftigungsverhältnisse in unseren Städten und Gemeinden, beim Landkreis, bei sozialen Einrichtungen und in der privaten Wirtschaft ermöglichen. Damit erhalten **langzeitarbeitslose Menschen** wirklich eine dauerhafte Beschäftigung und eine Perspektive. Damit dies gelingt, setzen wir auf eine freiwillige Teilnahme und eine ganzheitliche und individuelle Betreuung der Menschen und ihrer Familien.

Für Menschen mit Behinderung muss der Landkreis das Beschäftigungsmodell „**Arbeit und Inklusion**“ als Alternative zur Behindertenwerkstatt einrichten. Wir wollen die Nutzung des Budgets für Arbeit vorantreiben und eine individuelle Unterstützung und Begleitung von inklusiven Beschäftigungsverhältnissen auf dem ersten Arbeitsmarkt sicherstellen.

Die SPD als die Partei der Arbeit will, dass alle Menschen im Kreis Tübingen ordentlich bezahlte Arbeitsplätze haben. Deshalb achten wir darauf, dass alle Organisationen, die vom Landkreis finanziell unterstützt werden, ihre **Beschäftigten sozialrechtlich gut absichern und Tariflöhne bezahlen**.

7. Chancen für alle Kinder – entschieden gegen Kinderarmut

Über 10 Jahre hat die SPD-Kreistagsfraktion darum gekämpft, dass eine **kreisweite Bonuskarte** es allen Kreiseinwohnerinnen und -einwohnern ermöglicht, Ermäßigungen für kulturelle, sportliche und soziale Einrichtungen unabhängig vom Wohnort in Anspruch zu nehmen. Im Herbst 2018 hat der Kreistag die echte Kreis-Bonuskarte endlich beschlossen. Ein ganz wichtiger Schritt, Kinder über kulturelle, sportliche und soziale Aktivitäten zu stärken und Armutsfallen zu verhindern.

Unabhängig davon wird es weiterhin unser Bestreben sein, dass Kinder unabhängig von ihrer sozialen Herkunft alle Chancen erhalten, um ihr Leben ihren Fähigkeiten und Talenten entsprechend zu gestalten. Kein Kind darf auf dem Weg ins Berufsleben verloren gehen. Dazu werden wir auch in Zukunft daran arbeiten, dass die notwendigen Unterstützungen, beispielsweise über **Leistungen der Jugendhilfe oder Schulsozialarbeit** bedarfsgerecht ausgebaut werden.

TAPs für den Landkreis: Die Stadt Tübingen hat mit den TAPs (Tübinger AnsprechPartner*innen für Kinderarmut und Kinderchancen) ein Netzwerk mit über 100 haupt- und ehrenamtlichen Ansprechpartner*innen ins Leben gerufen. Überall wo Kinder, Jugendliche und Familien anzutreffen sind informieren und unterstützen die TAPs. Damit wird kein Kind, kein*e Jugendliche*r und keine Familie allein gelassen. Der Landkreis soll dieses Modell aufgreifen und für die Gemeinden im Landkreis nutzbar machen.

Das **Bildungs- und Teilhabepaket** als finanzielle Unterstützung für sozial benachteiligte Familien wird von vielen Betroffenen leider viel zu selten in Anspruch genommen. Schuld daran sind auch die vorgegebenen bürokratischen Hürden und ein enormer Verwaltungsaufwand. Wir fordern deshalb erstens eine **deutliche Vereinfachung des Bewilligungsverfahrens** und zweitens eine **Öffentlichkeitskampagne des Landratsamtes**, um mehr Menschen, die darauf angewiesen sind, zu erreichen.

8. Gut integriert – Gewinn für alle

Im Landkreis Tübingen leben etwa 5000 geflüchtete Menschen. Die meisten von ihnen werden dauerhaft hierbleiben. Ein großer Teil der arbeitsfähigen Geflüchteten ist nach dem Absolvieren von Sprach- und Integrationskursen bereits in Arbeit oder Ausbildung. Das Engagement vieler Betriebe, Ausbilder*innen und Berufsschullehrer*innen zur Eingliederung der Geflüchteten ist groß.

Integration gelingt durch Miteinander. Die SPD anerkennt ausdrücklich die Integrationsfortschritte der Geflüchteten und den Einsatz der Beschäftigten der Kommunen und der Landkreis-Behörden dafür. Auch das Engagement vieler ehrenamtlich Tätigen

sowie der Kirchen, der Sprachkurs-Anbieter, anderer Organisationen sowie von Einzelpersonen in diesem Bereich verdient hohe Anerkennung.

Die SPD befürwortet eine **aktive, zielorientierte Integrationspolitik**. Integration gelingt dann besonders gut, wenn Menschen am Arbeitsleben teilnehmen. Deshalb muss die Zusammenarbeit zwischen dem Landratsamt als aufnehmender Behörde, dem Jobcenter und der Agentur für Arbeit laufend verbessert werden.

Die Erfahrungen aus dem **ehrenamtlichen Engagement** müssen in den Integrationsprozess eingebracht werden. Die örtlichen Unterstützerkreise haben sich landkreisweit vernetzt und tauschen sich regelmäßig aus. Sie sind für den Landkreis ein wichtiger Partner auf Augenhöhe. Auch in Zukunft müssen sie von professionellen Kräften unterstützt werden.

Die Integration der Geflüchteten ist eine bleibende gesellschaftliche Aufgabe und wird bei entsprechendem Einsatz allen zum Vorteil dienen!

9. Inklusion und Teilhabe

Mit Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention hat sich Deutschland zur Inklusion verpflichtet. Das bedeutet mehr als Barrierefreiheit im herkömmlichen Sinn.

Die SPD im Kreistag hat in den letzten Jahren das große Thema Inklusion in vielen Handlungsfeldern vorangetrieben (Barrierefreiheit, Arbeit, Wohnen, Gesundheit, Kultur, Freizeit, Sport).

Mit den Teilhabeplänen für behinderte und für psychisch kranke Menschen sowie dem kurz vor der Umsetzung stehenden Projekt **Arbeit und Inklusion** sind wichtige und wirksame Schritte auf diesem Weg unternommen worden.

Als besondere Herausforderung erweist sich bei allen Anstrengungen **das Handlungsfeld Schule/Bildung**. Durch die Schulgesetzänderung 2015 besteht heute für Eltern von Schulkindern mit Handicap ein Wunsch- und Wahlrecht zwischen einer inklusiven Beschulung in einer Regelschule und der Beschulung in einem sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrum (SBBZ). Leider müssen sich Eltern häufig auch bei körperbehinderten Kindern für das SBBZ entscheiden, weil viele Regelschulen bis heute weder barrierefrei zugänglich noch personell ausreichend ausgestattet sind. Hier werden wir weiter um Verbesserungen ringen, damit die Rechte von Kindern mit Handicap und deren Eltern wirklich in Anspruch genommen werden können.

Wir werden darauf achten und uns dafür einsetzen, dass die **Teilhabepläne** umgesetzt werden und der Weg zur Inklusion konsequent weiter beschritten wird.

10. Älter werden – selbstbestimmt und gut versorgt

Die Menschen jenseits der Erwerbstätigkeit sind die am schnellsten wachsende Altersgruppe auch im Landkreis Tübingen. Die Potenziale, die diese Menschen mit in den langen Ruhestand nehmen, gilt es zu nutzen.

Gegenseitiges Unterstützen und lebendiges Miteinander ist gerade für ältere Menschen eine zentrale Bedingung für ein erfülltes, selbstbestimmtes Leben. Die vorhandene Zeit kann dann für die gegenseitige Sorge genutzt werden, wenn Bürger*innen jeder Altersgruppe unabhängig von ihren Qualitäten und Einschränkungen miteinander in überschaubaren Quartieren wohnen, leben und in Kontakt zueinander treten können. Wir werden auf den **Ausbau**

menschenfreundlicher, das Miteinander stärkende Quartiere hinwirken.

Die Förderung einer **altersgerechten Mobilität** z.B. über Bürger*innenbusse oder -Autos ist ein wichtiger Baustein der Quartiersentwicklung. Sie können gut mit Carsharing-Angeboten verknüpft werden.

In der **Umsetzung der Kreissenior*innenplanung** werden wir darauf dringen, dass dezentrale Unterstützungs- und Pflegestrukturen aufgebaut und Beratungen sozialraumorientiert angeboten werden